



**Regierungserklärung  
von Ministerpräsident Stefan Mappus MdL**

am 10. März 2010

**„Neue Chancen, alte Stärken –  
Der Baden-Württemberg-Weg ins neue Jahrzehnt“**

***Es gilt das gesprochene Wort!***

## Gliederung:

- I. Vertrauen, Fairness und Selbstbewusstsein für Baden-Württemberg**
- II. Starkes Land am Wendepunkt der Krise**
  - Haushaltsstruktur und Haushaltskultur im neuen Jahrzehnt
  - Länderfinanzausgleich
  - Gemeindefinanzen
  - Politik für die Mitte
- III. Baden-Württemberg ist Heimat mit Zukunft**
  1. Klassische Stärken auf dem Weg aus der Krise nutzen
    - Solider Mittelstand
    - Fairer Ausgleich zwischen Stadt und Land / Landwirtschaft
    - Innere Sicherheit
    - Wertvolles Engagement
    - Kunst und Kultur
    - Beispiellose Innovationskraft
  2. Industrielle Zukunft: Neue Chancen schaffen und ergreifen
    - Automobile Zukunft
    - Baden-Württemberg als Umweltinnovationslabor Europas
    - Weitere Zukunftsbranchen: Tourismus - Gesundheitswirtschaft - Software/Medien
  3. Land des Wissens: Baden-Württemberg baut seinen Bildungsvorsprung aus
  4. Familien: Verantwortung für die Kinder, Wahlfreiheit für die Eltern
  5. Infrastruktur: Wege für neues Wachstum
- IV. Gemeinsam auf dem Baden-Württemberg-Weg**
- V. Politik der offenen Tür – Vertrauen durch verlässliche Partnerschaft**

Herr Präsident,  
meine sehr verehrten Damen und Herren,

lassen Sie mich an den Beginn meiner ersten Regierungserklärung den Dank stellen – den Dank für das Vertrauen der Mehrheit, die mich zum Ministerpräsidenten gewählt hat, den Dank an alle, die mir persönliche und gute Wünsche zur Wahl überbracht haben. Ich bedanke mich für dieses Vertrauen. Es stellt für meine Arbeit eine sehr wichtige Verpflichtung dar.

Ich will mich mit dieser Regierungserklärung ausdrücklich auf die wesentlichen Entwicklungen konzentrieren, die im neuen Jahrzehnt zu den großen Gestaltungsherausforderungen für Baden-Württemberg werden.

## **I. Vertrauen, Fairness und Selbstbewusstsein für Baden-Württemberg**

Baden-Württemberg steht am Wendepunkt der tiefsten Wirtschaftskrise seiner Geschichte. Die Folgen der beispiellosen globalen Rezession haben unser Land, seine Unternehmen, seine Bürgerinnen und Bürger, seine Städte und Gemeinden hart getroffen. Langsam kehrt in Branchen und Betriebe die Zuversicht zurück. Und allmählich zeigen die wesentlichen Indikatoren der Wirtschaft wieder nach oben.

Das reale Bruttoinlandsprodukt in Baden-Württemberg wird im ersten Quartal voraussichtlich um 1 ¼ Prozent wachsen. Deutlich mehr IHK-Unternehmen als noch im Herbst beurteilen die Lage wieder als gut und rechnen vor allem mit einer anziehenden Auslandsnachfrage. Die beste Nachricht aber ist: Im Februar hatte Baden-Württemberg wieder eine sinkende Arbeitslosenquote – als einziges Bundesland.

Wir Baden-Würtemberger haben allen Grund, mit Selbstvertrauen ins neue Jahrzehnt zu schauen. Wir haben die Kraft, die Ideen und die Strukturen, um einmal mehr zum Gewinner eines neuen Aufschwungs zu werden. Wir haben die Haltung und die Moral, um Strukturwandel und Veränderung erneut als Chance zu begreifen. Wir haben die Erfahrung und die Kreativität, um auch aus dieser Krise die richtigen Lehren zu ziehen.

Schon oft haben wir Baden-Württemberger Krisen und Umbrüche bestanden und erfolgreich gestaltet. Von den Ölpreisschocks der Siebzigerjahre über die Maschinenbaukrise der Neunziger bis hin zum Einbruch des Neuen Marktes und zum 11. September 2001 – immer haben wir Krisengeschehnisse genutzt als Katalysatoren für Neues, für Vielversprechendes, für Chancenreiches. Baden-Württemberg ist ein starkes Land. Mit dieser Stärke werden wir auch den Verunsicherungen und Herausforderungen dieser Zeit erfolgreich begegnen.

Ich weiß: Viele Menschen in Baden-Württemberg machen sich Sorgen um ihre Zukunft. Viele Eltern haben Zweifel, ob es ihren Kindern eines Tages noch so gut gehen wird wie uns heute. Viele Arbeitnehmer spüren, dass ihnen die Berufswelt bald noch mehr abverlangen wird. Und viele Bürgerinnen und Bürger verlangen, dass auf dem Weg aus der Krise wieder echte Werte und nicht schlechte Wertpapiere den Kurs bestimmen.

Sie alle dürfen und können von meiner Regierung gute, klare und fundierte Entscheidungen erwarten. Sie alle haben Anspruch darauf, dass ihre Interessen in unserer Politik einen fairen und ehrlichen Ausgleich finden. Sie alle werden in dieser Landesregierung einen verlässlichen und berechenbaren Partner haben.

Ich bin überzeugt: Baden-Württemberg wird sich seinen Platz in diesem neuen Jahrzehnt engagiert und beharrlich erarbeiten. Wir werden gemeinsam neue Chancen verwirklichen und dabei unsere alten Stärken einsetzen. Wir werden uns dem Wettbewerb stellen und dabei weiter Einigkeit und Zusammenhalt beweisen. Wir werden selbstbewusst unseren Baden-Württemberg-Weg gehen und damit das Vertrauen in dieses Land, in seine Kraft und in seine Zukunft immer wieder von Neuem begründen.

## **II. Starkes Land am Wendepunkt der Krise**

### **Haushaltsstruktur und Haushaltkultur im neuen Jahrzehnt**

Ein erstes und wichtiges Bewährungsfeld für unser Krisenfolgen-Management ist ohne jede Frage die Haushaltspolitik. Hier wird unter dem Strich sichtbar, wie schnell und wie nachhaltig wir zu einer neuen Normalität nach der Krise zurück finden.

Richtig ist: Im Sog der wirtschaftlichen Entwicklung waren neue Schulden im

aktuellen Landeshaushalt unumgänglich und ohne verantwortbare Alternative. Das hat auch in diesem Haus bei den Etatberatungen niemand bestritten. Wir investieren gegen die Auswirkungen der Krise und sichern so Wirtschaftskraft, Arbeitsplätze und Innovationsfähigkeit in Baden-Württemberg.

Dabei unterstreiche ich noch einmal: Obwohl Baden-Württemberg von den negativen Konjunkturausschlägen stärker betroffen war als vergleichbare Länder, ist unser Haushalt weit solider: Hessen oder Rheinland-Pfalz nehmen 2010 pro Kopf weit mehr als doppelt so viele Schulden auf wie Baden-Württemberg, obwohl sie schon heute deutlich mehr Schulden haben. Auch Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen rutschen deutlich tiefer in die roten Zahlen als wir.

Dass wir hier so gut abschneiden, ist unter dem Druck der Steuerausfälle eine bemerkenswerte Leistung und beweist die konzeptionelle Kraft, die Disziplin und die klare Linie unserer Politik. Umso mehr bekräftigt diese Landesregierung das bleibende politische Ziel der Nettonullverschuldung für Baden-Württemberg. Wir werden die krisenbedingte Neuverschuldung in den nächsten Jahren wieder zurückführen, und wir stehen zu den Verpflichtungen der Schuldenbremse und der Landeshaushaltsordnung.

Die Bearbeitung der finanziellen und haushaltspolitischen Krisenfolgen ist eine der Schlüsselaufgaben der Landespolitik. Für die Haushaltsstruktur heißt das: Wir müssen neu darüber nachdenken, was tatsächlich Sache des Staates ist und sein kann. Mein Wort gilt: Bei Kindern und Bildung wird nicht gespart. Überall sonst werden wir aber schon bald, unmittelbar nach dem Ende der Krise, auf der Basis stabiler makroökonomischer Entwicklungen die drängende Frage beantworten müssen: Was können wir uns nicht mehr leisten? Welche Gewohnheiten und Besitzstände entsprechen nicht mehr unserer Zeit? Und wo können wir Stärke und Spielraum gewinnen, indem wir uns auf das Eigentliche konzentrieren und auf manches Wünschenswerte unterlassen.

Lassen Sie uns offen und ohne falsche Rücksicht Gehabtes in Frage stellen. Wir werden hier sehr bald sehr konkret diskutieren, und ich erwarte dabei auch von der Opposition eine konstruktive und verantwortungsvolle Haltung.

Neben einer tragfähigen Haushaltsstruktur brauchen wir auch eine neue Haushaltskultur: Die problemlösende Kraft der Politik kann sich nicht mehr immer nur nach der Geldsumme bestimmen, die wir einsetzen. Mit anderen Worten: Baden-Württemberg ist erfolgreich geworden, weil wir gelernt haben, aus wenig viel zu machen. Auf diese badisch-württembergische Ur-Tugend wird es in den kommenden Jahren wieder mehr denn je ankommen.

Die Landesregierung wird ihre Haushaltspolitik weiterhin konsequent auf Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit ausrichten. Dies ist nicht neu. Schon in den vergangenen Jahren haben wir betriebswirtschaftliche Elemente im Haushaltswesen verankert und damit den festen Willen zu einer soliden Finanzpolitik bewiesen. Diesen Kurs werde ich konsequent fortsetzen.

### **Länderfinanzausgleich**

Nicht zuletzt: Unter der Wirkung der haushaltspolitischen Krisenausläufer wird der Länderfinanzausgleich für Baden-Württemberg zu einem noch schmerzhafteren Aderlass. 1.600 Millionen Euro überweisen wir auch dieses Jahr wieder an andere Länder. Der Länderfinanzausgleich in seiner heutigen Form bis 2019 enthält zu viele Fehlanreize und zu wenige klare Konditionierungen.

Deshalb habe ich mit den Kollegen in Bayern und Hessen abgestimmt, dass wir eine neue Initiative für eine gerechtere Verteilung der Länderfinanzen ergreifen und die Wirkmechanismen des bestehenden Systems ohne Denkverbote zur Diskussion stellen. Wir finden: Es ist nicht mehr die Zeit für bedingungslose und unbestimmte Transfers von wenigen Ländern an viele. Auch hier gilt der Grundsatz: Wer sich fördern lässt, muss auch Forderungen erfüllen.

Um die Länderfinanzen neu auszutarieren, fordern wir zusätzlich eigene Steuerkompetenzen für die Länder. Wir sollten hier selbstbewusst und ehrgeizig genug sein, um neue föderale Spielräume zu schaffen und zu nutzen.

### **Gemeindefinanzen**

Auch unsere Städte und Gemeinden leiden unter der Finanz- und Wirtschaftskrise. Die Schere zwischen ihren Einnahmen und Ausgaben geht zunehmend auseinander.

Die Bruttogewerbesteuer-Einnahmen sind von 2008 auf 2009 um mehr als 25 Prozent gesunken. Gleichzeitig müssen die Kommunen allein für Personal- und Sozialausgaben 0,6 Milliarden Euro mehr aufbringen.

Ich will die Situation der Kommunen nicht schön reden. Richtig ist aber: Im Bundesvergleich ist die Finanzausstattung unserer Kommunen gut und die Verschuldung gering. Das ist ein Erfolg unserer Bürgermeister und Kämmerer und Gemeinderäte, ein Beweis für die funktionierende Aufsicht, aber auch ein Beleg dafür, dass das Land seine Kommunen in der Vergangenheit und im Rahmen des Möglichen gut behandelt hat.

Und auch umgekehrt gilt: Die Kommunen haben sich immer konstruktiv gezeigt, wenn es darum ging, einen gemeinsamen Weg zu finden. Ich nenne als Beispiele den Orientierungsplan für unsere Kindergärten und den Konsolidierungsbeitrag der Kommunen. Die enge Partnerschaft zwischen dem Land und den Kommunen wollen wir auch in Zukunft fortsetzen. Sie ist ein Schlüssel für gute Politik in Baden-Württemberg. Dafür stehe ich auch in Zukunft ein.

Klar ist aber auch: Die finanziellen Möglichkeiten des Landes sind begrenzt. Was dem Land durch den Umsatzsteuer- und Länderfinanzausgleich entzogen wird, nimmt uns in der Folge auch Spielräume, um mit dem Kommunalen Finanzausgleich noch mehr für unsere Kommunen zu tun. Die Krise zeigt einmal mehr besonders deutlich, wie konjunkturanfällig die Gewerbesteuer als Hauptgeldquelle der Städte und Gemeinden ist. Deshalb ist es gut, dass die Koalition in Berlin eine Kommission zur Reform der Gemeindefinanzierung verabredet hat, um die Einnahmen der Kommunen auf gesunde und stabile Füße zu stellen. Wir werden die Arbeit der Kommission intensiv begleiten.

Das ist keine einfache Aufgabe. Denn: Wer den Kommunen helfen will, darf dabei auch die Interessen der Steuerzahler nicht vergessen. Die Kommission wird sich aber genauso mit der Ausgabenseite befassen müssen. Da es hier vor allem um die Sozialausgaben geht, wird schnell klar, welches heiße Eisen zu schmieden ist.

Ein weiteres Ausgabenthema muss der Abbau von Standards sein. Hier erwarte ich den Mut, alles auf den Prüfstand zu stellen. Auch im Land werden wir uns parallel fragen müssen, ob all das, was wir den Kommunen vorschreiben, notwendig ist.

## Politik für die Mitte

Was macht Baden-Württemberg aus? Was ist für unser Land – um ein aktuelles Modewort zu verwenden – systemrelevant? Systemrelevant sind für mich eben nicht nur Banken und Großkonzerne. Systemrelevant für Baden-Württemberg sind der Mittelstand, das Handwerk, die Millionen Schaffer, die unser Land mit ihrem Wissen und mit ihrem Fleiß jeden Tag zu einer europäischen Spitzenregion machen. Sie verdienen unsere Aufmerksamkeit – gerade im Zeichen der Krise.

Deshalb war es richtig, dass die Bundesregierung vor allem diese Durchschnittsverdiener von Steuern und Abgaben entlastet hat. Eine vierköpfige Familie mit Durchschnittseinkommen hat in diesem Jahr netto 1.062 Euro mehr im Geldbeutel als 2009. Ich bleibe dabei: Es war richtig, dass wir mit der Abschwächung der kalten Progression ein Zeichen gesetzt haben für mehr Leistungsgerechtigkeit in Deutschland. Und es war richtig, dass die SPD in der Großen Koalition dem zugestimmt hat.

Aber wir wollen, dass die kalte Progression weiter abgeschwächt wird. Das sind wir der Mittelschicht und dem Mittelstand schuldig. Dafür werden wir auf Bundesebene kämpfen. Wir stehen weiterhin zur Idee eines vereinfachten und verschlankten Steuerrechts – auch wenn ich weiß, dass das in der jetzigen Situation der öffentlichen Haushalte nicht unmittelbar umsetzbar ist.

Wir sind uns alle einig: Wer aufsteht, arbeiten geht, für sich selber sorgt, der muss mehr haben, als jemand, der nicht arbeitet. Gerade weil das so sein muss, werden wir alles dafür tun, dass auch tatsächlich – wenn irgendwie möglich – jeder arbeiten und für sich selber sorgen kann. Deshalb müssen wir neu darüber nachdenken, was wir gerade für Menschen mit niedrigen Verdiensten tun können, damit sich auch für sie persönlich Arbeit und Leistung wirklich auszahlen.

Ich bin sehr dafür, dass wir nicht nur die Anhebung der Hinzuverdienstgrenze, sondern auch Kombi-Lohn-Modelle, Konzepte zur negativen Einkommenssteuer oder die Idee der aktivierenden Sozialhilfe genau unter diesem Gesichtspunkt ideologiefrei diskutieren.



Das Land als Arbeitgeber wird ein klares Zeichen setzen: Wir nehmen im Rahmen der Dienstrechtsreform für strukturelle Verbesserungen gerade für die unteren Besoldungsgruppen rund 40 Millionen Euro in die Hand. So schaffen wir den einfachen Dienst vollständig ab und heben das Gehalt der betroffenen Mitarbeiter an. Zudem schaffen wir mehr Beförderungsmöglichkeiten für den mittleren Dienst.

### **III. Baden-Württemberg ist Heimat mit Zukunft**

#### **1. Klassische Stärken auf dem Weg aus der Krise nutzen**

##### **Solider Mittelstand**

Unsere Politik für die Mitte bleibt richtig. Mitte, Maß und Ausgleich gehören seit jeher zu den klassischen Stärken baden-württembergischer Politik. Diese typischen Stärken werden wir auf dem Weg aus der Krise nutzen.

Das beginnt natürlich bei unserem soliden und leistungsfähigen Mittelstand, bei unseren Familienunternehmen, für die es nicht nur ums schnelle Geld und um glänzende Quartalszahlen geht. Sie sind der Schlüssel zu sozialem Frieden und flächendeckendem Wohlstand. Sie leisten mehr für Integration und soziale Teilhabe als so manches bürokratische Programm. Sie übernehmen Verantwortung für ihre Leute und für den Standort Baden-Württemberg. Auf sie werden wir künftig noch stärker das Augenmerk unserer Politik richten.

Wie Mittelständler und Unternehmer vor Ort die Krise managen – davon können wir viel lernen: Etwa von dem Maschinenbauer in Reutlingen, der auf dem Tiefpunkt der Krise ganz bewusst Forschung und Entwicklung verstärkt hat und mit der Produktionstechnologie für Lithium-Ionen-Batterien auf ein neues, wachsendes Geschäftsfeld setzt. Oder von dem Dettinger Autozulieferer, wo man die Kurzarbeit im Unternehmen genutzt hat, um die Mitarbeiter in über 80 verschiedenen Programmen weiter zu bilden. Hier wird konkret, was es heißt, die Krise als Chance zu begreifen.

Richtig ist: Die Finanzierung vieler mittelständischer Unternehmen steht zur Zeit auf tönernen Füßen. 40 Prozent der Unternehmen klagen laut ifo-Institut über eine restriktive Kreditvergabe. Ich beobachte das mit Sorge. Viele kerngesunde Betriebe

mit profitablen Produkten haben ihre Kapitalreserven in der Krise aufgezehrt und brauchen jetzt an der Schwelle zu einer neuen Wachstumsphase frisches Geld. Hier müssen und hier werden wir etwas tun. Allerdings kann es dabei nur um ökonomisch sinnvolle und zielgenaue Instrumente gehen – und nicht um Gießkannen-Aktionismus.

Das Land hält mit einer ganzen Reihe von Instrumenten effektive Hilfe bereit: Die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft stellt aktuell weit über 1.000 Unternehmen Beteiligungskapital zur Verfügung. Die L-Bank hat einen speziellen Mittelstandsfonds im Portfolio. Das Land unterstützt mittelständische Firmen mit großzügigen Bürgschaften und Förderdarlehen. Parallel dazu stehen im „Wirtschaftsfonds Deutschland“ des Bundes 115 Milliarden Euro zur Unternehmensfinanzierung bereit. Diese Mittel sind übrigens aktuell noch nicht einmal zu 10 Prozent abgerufen.

Ich bin gerne bereit, gemeinsam mit der mittelständischen Wirtschaft darüber nachzudenken, wie wir diese Angebote hier in Baden-Württemberg weiter optimieren und noch genauer justieren können. Wir werden mit der L-Bank kurzfristig ein zusätzliches Maßnahmenpaket schnüren, um die Versorgung mit Eigen- und Fremdkapital zu verbessern. Bausteine dieses Pakets sind: Die Gewährung einer Rückbürgschaft des Landes bei wichtigen Kreditprogrammen der L-Bank, die Aufstockung und den Ausbau der Eigenkapitalprogramme des Landes und die Verbesserung der Konditionen bei Kleinkrediten der L-Bank, um Existenzgründungen zu erleichtern.

Für weit entscheidender halte ich einen ganz anderen Punkt: Die Eigenkapitalvorschriften von Basel II können den Druck auf dem Kreditmarkt zu Lasten vieler Mittelständler zusätzlich verschärfen. Ich möchte erreichen, dass wir an den Vorstoß des ehemaligen Bundesfinanzministers Steinbrück anknüpfen und auf eine zeitlich befristete Abschwächung der Basel-II-Regeln drängen. Vor allem aber möchte ich, dass wir darauf hin arbeiten, dass zusätzliche krisenverschärfende Elemente bei Basel-III ausbleiben.

Die Wirtschaft braucht keine staatliche Finanzierung, sondern ausreichend privates Geld von den Banken. Darum müssen wir uns kümmern. Ich fordere die Banken auf,

ihrer Verantwortung gerecht zu werden und gute Unternehmen mit guten Produkten und guter Perspektive auch mit gutem Geld zu versorgen.

Für die mittelständische Kundschaft hat nicht zuletzt das Geschäftsmodell der LBBW in der Krise stabilisierend gewirkt. Mit der Neustrukturierung stellen wir jetzt genau diesen Kern wieder in den Mittelpunkt. Damit ist klar: Die LBBW bleibt die Bank für den Mittelstand in Baden-Württemberg. Wir werden ihren Umbau in enger Abstimmung aller LBBW-Träger noch vor der Sommerpause zügig umsetzen. Mit Blick auf die weitere Entwicklung der Bankenlandschaft in Deutschland sollten wir uns im Übrigen nicht vorschnell Tabus unterwerfen, die unsere Möglichkeiten einschränken.

Schon heute steht fest: Die Krise hat die globale Wirtschaft verändert. Industriebereiche bauen sich um, Märkte richten sich neu aus, ganze Wertschöpfungsketten reorganisieren sich. Im neuen Jahrzehnt werden sich die globalen ökonomischen Gewichte verschieben. Auch unsere Wirtschaft hier im Land steht unter diesem Anpassungsdruck.

Nicht nur die großen Konzerne, auch die mittelständischen Weltmarkt- und Technologieführer überall in Baden-Württemberg haben Kunden in aller Welt. Sie sind es, die die Marke Baden-Württemberg als Tüftlerland von Weltgeltung prägen. Auch nach der Krise werden baden-württembergische High-Tech-Produkte und Investitionsgüter zu den besten der Welt gehören und rund um den Globus gefragt sein. Neben den großen Märkten China und Indien sehe ich besonders in der ASEAN-Region noch erheblich Chancen. Ich werde deshalb noch in diesem Jahr eine große Wirtschaftsdelegation in einige dieser aufstrebenden Staaten führen.

Als Exportland im Herzen Europas braucht Baden-Württemberg auch in Zukunft offene Märkte und fairen internationalen Wettbewerb. Im vergangenen Jahr hat die Weltbank aber bei 17 der G-20-Staaten konkrete protektionistische Schritte festgestellt. Doch die Abschottung nationaler Märkte kann nicht die Lehre aus der Krise sein. Wir werden deshalb im Interesse unserer Arbeitsplätze bei der Bundesregierung und der EU darauf drängen, dass sie zusammen mit unseren internationalen Partnern schnellstmöglich verbindliche und wirksame Regeln gegen Protektionismus auf den Weg bringen.

Baden-Württemberg ist in der Vergangenheit zum Gewinner der Globalisierung geworden. Eine freie und intakte globale Handelsordnung ist deshalb für uns von zentralem Interesse. Darauf werden wir gegenüber dem Bund, aber auch bei unserer eigenen Europapolitik verstärkt achten.

### **Fairer Ausgleich zwischen Stadt und Land**

Zu den klassischen Stärken Baden-Württembergs gehört neben der soliden und kreativen Wirtschaft auch der faire Ausgleich zwischen Stadt und Land. Wir sind das einzige Land in Deutschland, in dem es keine strukturschwachen Gebiete gibt. Es wird auch in Zukunft Kernziel und Selbstverständnis dieser Regierung sein, dass Chancen und Entwicklung in den Zentren und in der Fläche gleichermaßen zu Hause sind.

Wir werden es auch in Zeiten knapper Ressourcen nicht zulassen, dass Städte und ländliche Räume gegeneinander ausgespielt werden. Unsere Verantwortung gilt dem ganzen Land. Und wir werden dafür sorgen, dass die Menschen auf dem Land Anschluss halten können an Wohlstand und Wachstum im neuen Jahrzehnt.

Dazu setzen wir außer auf unsere erfolgreichen Strukturförderprogramme auch auf eine flächendeckende Anbindung an das schnelle Breitbandnetz. Wir werden unsere mustergültige integrierte Agrar- und Strukturpolitik fortentwickeln, unsere Spitzenposition im Agrarumweltbereich festigen. Und wir sind Partner der bäuerlichen Familienbetriebe im Land, die qualitativ hochwertige Lebensmittel erzeugen und unsere Kulturlandschaften bewahren. Sie haben deshalb Anspruch auf einen verlässlichen Ausgleich für ihre Arbeit. Auch das ist für uns eine Frage der Fairness.

### **Innere Sicherheit**

Baden-Württemberg ist seit jeher eines der sichersten Länder Deutschlands. Auch das ist eine unserer klassischen Stärken. In Baden-Württemberg gibt es keine Toleranz für Extremismus – weder von der rechten noch von der linken Seite. Es gibt gleichfalls keinerlei Toleranz gegenüber Gewalt und rechtsfreien Räumen. Wir setzen auf eine echte Sicherheitspartnerschaft zwischen Bürgern und Polizei.

Die Bürgerinnen und Bürger im Land erwarten von Politik und Behörden, dass sie sicher leben können. Wir müssen deshalb unserer Polizei weiterhin die notwendigen Ressourcen an die Hand geben, um diese Erwartung einzulösen. Und wir müssen dafür sorgen, dass der Polizeiberuf attraktiv bleibt: Deshalb werden wir die Besoldungsstrukturen verbessern, zusätzliche Aufstiegsmöglichkeiten für unsere Polizeibeamten schaffen und die Ausrüstung sowie das Arbeitsumfeld der Polizei weiter modernisieren.

Wir stehen für eine Kultur des Hinschauens und nicht des Wegschauens. Das gilt vor allem für Gewalt im öffentlichen Raum, die wir konsequent bekämpfen. Dazu gehört für mich, dass wir eine Rechtsgrundlage für die Videoüberwachung öffentlicher Gebäude schaffen und dass in Nahverkehrszügen – vor allem abends – Zugbegleiter für Sicherheit sorgen. Das werden wir bei künftigen Neuausschreibungen zur Bedingung machen. Auch die Gewaltprävention bleibt eine polizeiliche Kernaufgabe. Die Polizei wird weitere Präventionsprojekte initiieren und aktiv daran mitwirken.

Sicherheit ist ein messbarer Wettbewerbsvorteil und ein Merkmal unserer Lebensqualität. Das müssen wir uns im neuen Jahrzehnt erhalten.

### **Wertvolles Engagement**

Eine weitere typische baden-württembergische Stärke ist das freiwillige Engagement unzähliger Menschen. Dieses Engagement ist der wahre, große Reichtum unseres Landes – jenseits der Erwerbswirtschaft. Fast jeder zweite Baden-Württemberger bringt sich ehrenamtlich ein – die höchste Quote in Deutschland. Sie alle leisten Wertvolles für diese Gesellschaft, und sie machen deutlich: In einem starken Land ist eine starke Wirtschaft längst nicht alles.

Bei der Erziehung unserer Kinder, bei der Pflege älterer Menschen, in Kirchen, Vereinen, Gewerkschaften und Parteien – überall widmen Menschen dem Zusammenhalt im Land ihre Kraft und ihre Zeit. Ihnen gilt unser ganz besonderer Respekt. Ich bin stolz darauf, dass es diese große Einsatzbereitschaft in Baden-Württemberg gibt. Deshalb werden wir unsere anerkannten Initiativen zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements fortsetzen und ausbauen.

## **Kunst und Kultur**

Ebenso wie das Ehrenamt prägen Kunst und Kultur die Identität unseres Landes. Sie sind kein Luxus, sondern Ausdruck und Spiegel eines schöpferischen und innovationsfähigen Gemeinwesens. Wir werden bis zur Sommerpause die mittlerweile 20 Jahre alte Kunstkonzeption fortschreiben und kulturpolitische Schwerpunkte für das neue Jahrzehnt benennen. Künstlerische Vielfalt und kreatives kulturelles Leben sind für eine offene und selbstbewusste Gesellschaft elementar.

## **Beispiellose Innovationskraft**

Die ganz besondere klassische Stärke Baden-Württembergs liegt schließlich in seiner beispiellosen Innovationskraft. Wir haben eine traditionelle, äußerst wertvolle Innovationskultur im Land. Es ist unsere unverwechselbare Kernkompetenz, aus guten Ideen noch mehr neue gute Ideen zu machen. Das ist der baden-württembergische Erfindergeist, der ganz zu Recht unser Selbstbewusstsein prägt und unser Handeln antreibt.

Baden-Württemberg ist Heimat mit Zukunft. Wir haben konkurrenzlose Innovationsvoraussetzungen und Potenziale. Wir sind bei den Wachstumsbranchen der Zukunft am breitesten und am offensivsten aufgestellt. Wir haben die reichste Forschungslandschaft, die besten Universitäten, die profiliertesten Innovationskerne.

Bei der Forschungsintensität liegt Baden-Württemberg mit einem Anteil der Forschungs-ausgaben an der Wirtschaftsleistung von 4,4 Prozent in Europa an der Spitze. Selbst oder gerade im Krisenjahr 2009 konnte Baden-Württemberg seine Spitzenposition bei den Patentanmeldungen noch einmal ausbauen. Allein bei Bosch sind an jedem einzelnen Arbeitstag 15 neue Patente entstanden. Vom Karlsruher Institut für Technologie (KIT) über die zahlreichen Spitzencluster bis hin zum mittelständischen Tüftler – überall leisten Forscher und Ingenieure in diesem Land bahnbrechende Pionierarbeit.

Wir gehen im Forschungsbereich neue Wege. Wir sind bereit, das Max-Planck-Institut für Metallforschung neu auszurichten und eine Außenstelle in Tübingen einzurichten, damit Ingenieurwissenschaften und Biologie zusammenwachsen können. Wir werden die Rolle der Fachhochschulen als Innovationsmotoren in den

Regionen stärken. Sie sollen gezielt für kleine und mittelständische Unternehmen forschen. Dazu werden wir die Fachhochschulen zu Hochschulen für angewandte Wissenschaften weiterentwickeln.

Wir in Baden-Württemberg brauchen den Wandel nicht zu fürchten. Wir sind die Gewinner und Gestalter des Wandels. Wer, wenn nicht wir, sollte die technologische Erneuerung von der Spitze her führen? Wer, wenn nicht wir, könnte die Triebfeder neuer Innovationszyklen sein? Wer, wenn nicht wir, ist in der Lage, sich immer wieder neu zu erfinden und dabei zugleich die Substanz zu bewahren?

Während andere veraltete Technologien und Industriemuseen jahrzehntelang subventionieren, sind wir dort, wo neue Industrien, neue Wertschöpfung und neue Jobs entstehen. Anpassungsdruck ist für die meisten Unternehmen im Land keine Gefahr, sondern ein Motor des Fortschritts.

Um noch genauer und gezielter zu wissen, wo unsere größten Wachstumschancen im neuen Jahrzehnt liegen, wird die Landesregierung ein grundlegendes Expertengutachten in Auftrag geben. So wollen wir lernen, wo wir Akzente neu setzen müssen und was wir noch tun können, um die kommenden Möglichkeiten unseres Landes optimal zu nutzen. Wir bauen damit auf den Vorarbeiten des Innovationsrats Baden-Württemberg auf, der wegweisende Leitideen zur Forschungs- und Technologiepolitik formuliert hat.

## **2. Industrielle Zukunft: Neue Chancen schaffen und ergreifen**

### **Automobile Zukunft**

Eine entscheidende industrielle Entwicklung im neuen Jahrzehnt, die wir vor allen anderen bestehen und bestimmen müssen, ist die automobiler Zukunft. Wir müssen verstehen: Automobiler Fortbewegung wird weiter der Wunsch der Menschen sein. Das Auto ist nicht ersetzbar – erst recht nicht in einem Flächenland wie Baden-Württemberg. Deshalb hat das Autoland Baden-Württemberg eine gute und chancenreiche Zukunft.

Verändern wird sich allerdings die automobilen Technik. Denn fest steht: Die Zeit der fossilen Kraftstoffe läuft ab. Der klassische Verbrennungsmotor wird kontinuierlich Marktanteile verlieren. Wir wissen heute noch nicht, welche neue Antriebsform den Autoverkehr in 20 oder 30 Jahren dominieren wird. Aber wir wissen: Das Autoland Baden-Württemberg darf und wird die Initiative im Bereich der automobilen Zukunft nicht anderen überlassen.

Es ist unser erklärtes Ziel, Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit unseren Autoherstellern und Zulieferern als Motor, Modellland und Leitanbieter automobiler Zukunftstechnologien zu positionieren. Wir werden dazu eine umfangreiche Agenda verfolgen:

So wird das Land die Etablierung einer neuen Fraunhofer-Projektgruppe für Alternative Antriebe in Karlsruhe ebenso fördern wie das geplante Helmholtz Institut an der Universität Ulm für Elektrochemie und Elektromobilität. Um für das Thema Elektromobilität – mit seinen Facetten Batterieelektrik, Hybridtechnik und Brennstoffzelle – umfassend gerüstet zu sein, bietet die neue Landesagentur e mobil BW eine Plattform, um Unternehmen und Know-How zu vernetzen. Wir fördern darüber hinaus gezielt den Ausbau wichtiger Forschungsinfrastrukturen: Die Universität Stuttgart erhält einen neuen Höchstleistungsrechner. Die Zusammenarbeit mit dem KIT wird weiter ausgebaut. Wir investieren in die Bereiche Batterietechnik und Leichtbau.

Diese und weitere Einrichtungen und Initiativen wollen wir zu einem flächendeckenden Lehr- und Forschungsnetz „Automobile Zukunft“ Baden-Württemberg verknüpfen und optimal aufeinander abstimmen. Auf diese Weise werden wir Wissen vervielfältigen und eine breite Basis für neues Know-How und neue Produkte schaffen.

Auch die Wirtschaft müssen wir dazu in die Pflicht nehmen. Mit dem landesweiten Cluster „Automotive“ haben wir hier schon große Schritte in die richtige Richtung gemacht. Wir werden einen Autogipfel der Sitzländer der deutschen Autoindustrie anstoßen und dort auf Spitzenebene mit der Automobilwirtschaft über die kommenden Herausforderungen sprechen. Dabei wird es in erster Linie um eine



sinnvolle Aufgabenverteilung zwischen Industrie und Politik auf dem Weg in die automobiler Zukunft gehen.

Die Zukunft des Automobils hat schon begonnen. Wir wollen, dass ihre wichtigsten Kapitel hier bei uns in Baden-Württemberg geschrieben werden.

### **Baden-Württemberg als Umweltinnovationslabor Europas**

Das Wachstum und die Arbeitsplätze der industriellen Zukunft werden außerdem besonders im Bereich der innovativen Umwelttechnik entstehen. Hier hat Baden-Württemberg schon heute einen führenden Rang. Viele baden-württembergische Unternehmen haben die Chancen dieser Branchen fest im Blick: Im Bund-Länder-Vergleich erzielen wir die zweithöchsten Umsätze – bei zweistelligen Wachstumsraten. Mehr als jede fünfte Kilowattstunde Strom aus Sonnenenergie bundesweit wird im Südwesten erzeugt.

Unser Ziel heißt darüber hinaus: Wir machen Baden-Württemberg zum Umweltinnovationslabor Europas. Wir werden damit dem Innovationsvorsprung Baden-Württembergs eine neue Ausrichtung geben und gleichzeitig die wachsenden Märkte für nachhaltige Technik aus Baden-Württemberg erschließen.

Weltweit verlangen Klimaschutz, Luftreinhaltung und knappere Rohstoffe neue und hoch entwickelte Lösungen. Für unsere High-Tech-Betriebe bedeutet das ein enormes Absatzpotenzial. Umwelttechnik made in Baden-Württemberg muss in der Welt einen genauso guten und bekannten Namen haben wie unsere Premium-Automobile oder unsere Präzisionsmaschinen.

Eine konsequente „Landesstrategie Umwelttechnik und Ressourceneffizienz“ wird dazu alle Ansätze bündeln. Ergänzend werden wir einen Umwelttechnikatlas erarbeiten, der alle Potenziale im Land systematisch erfasst und eine koordinierte Branchenentwicklung ermöglicht. Damit unsere Wirtschaft auf dem Weltmarkt der Umwelttechnik künftig kräftiger Fuß fasst, will ich ein Technologie- und Innovationszentrum für Umwelttechnik einrichten. Wir brauchen ein Schaufenster zur Technologiedemonstration und zur Exportförderung auf diesem wichtigen Zukunftsfeld.

Das Erneuerbare-Wärme-Gesetz hat einen wahren Boom an Investitionen und Innovationen gerade für das Handwerk in Baden-Württemberg ausgelöst.

Wir haben damit ein Ausrufezeichen hinter unseren Anspruch gesetzt, Baden-Württemberg als Pionier klimafreundlicher Energietechnologien zu profilieren. Und wir haben gesehen: Die Schrittmacherrolle Baden-Württembergs in der Umwelttechnik lebt auch von anspruchsvollen Umweltstandards.

Deshalb werden wir das Wärmegesetz weiterentwickeln und bekräftigen unsere Absicht, den Anteil regenerativ erzeugter Wärme konsequent zu erhöhen. Das laufende Klimaschutzkonzept werden wir noch in dieser Legislaturperiode durch ein neues „Klimaschutzkonzept 2020plus“ ablösen. Die Landesregierung wird darin ambitionierte Ziele formulieren, damit wir Energie deutlich effizienter nutzen, damit mehr Energie aus regenerativen Quellen kommt, damit die Umsätze und Gewinne aus der Energieerzeugung im Land bleiben und damit wir weniger Geld für Energieimporte und an Rohstoffländer wie Russland bezahlen müssen. Wir stellen damit die Weichen in Richtung einer weiteren Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen.

Wir brauchen konkrete Erkenntnisse über die Auswirkungen des Klimawandels hier in Baden-Württemberg. Deshalb planen wir ein neues Forschungsprogramm, das die regionalen Folgen der Erderwärmung präzise aufzeigt. Als Ausblick in die Zukunft wollen wir mehrere Modellprojekte „Klimaneutrale Stadt“ in Baden-Württemberg realisieren. Wir wollen damit zeigen, was auch in gewachsenen Städten und Dörfern möglich ist, um einen weit reichenden ökologischen Anspruch zu verwirklichen.

### **Energiepolitik**

Wenn wir wirklich für einen wirksamen Klimaschutz eintreten, brauchen wir den Beitrag, den die Kernenergie zur CO<sub>2</sub>-Reduzierung leistet. Wir wollen die Kernkraft als grundlastfähige Brückentechnologie, bis regenerative Energien in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen. Es ist ein objektiver Irrweg, sichere und CO<sub>2</sub>-freie Kernkraftwerke abzuschalten, um dafür klimaschädlichen Strom aus Braunkohle oder Gas zu erzeugen.

Allerdings: Eine Laufzeitverlängerung ohne einen wesentlichen Beitrag der Kraftwerksbetreiber zur schnelleren und effizienteren Erforschung erneuerbarer

Energien wird es mit mir nicht geben. Wir erwarten deshalb mehr Engagement der großen Energieversorger. Wir erwarten, dass die zusätzlichen Gewinne durch die Laufzeitverlängerung mindestens zu 50 Prozent abgeschöpft werden, damit sie dann Bund und Ländern je hälftig zur schnelleren Entwicklung und Markteinführung regenerativer Energien zur Verfügung stehen.

Ich bin überzeugt: Eine innovationsorientierte Umweltpolitik und eine leistungsfähige Umweltindustrie können zu der neuen Stärke unseres Landes im neuen Jahrzehnt werden. Daran werden wir mit unserer Politik arbeiten.

### **Weitere Zukunftsbranchen:**

#### **Tourismus - Gesundheitswirtschaft - Software/Medien**

Zusätzlich werden wir auch solche Branchen weiter wachsen lassen, die nicht unmittelbar vom Export abhängen, sondern Wertschöpfung für das Land im Land selbst erzeugen:

Der Tourismus bietet schon heute so vielen Menschen Arbeit wie die Autoindustrie. Unsere Natur, unsere Landschaften, unsere Geschichte, unsere Küche und unsere Gastfreundschaft sind ein großes Kapital, das wir noch besser einsetzen können.

Auch der Gesundheitssektor ist ein dynamischer Wirtschaftszweig, dessen wachsende Bedeutung uns viele neue Chancen eröffnen kann. Auch hier haben wir beste Voraussetzungen im Land – von den führenden Unternehmen der Medizintechnik über die universitäre Spitzenmedizin und Gesundheitsforschung bis hin zu unserer Kur- und Bädertradition. Gerade mit Blick auf die demografischen Veränderungen wird dieser Bereich immer wichtiger. Mit der Gesundheitsstrategie Baden-Württemberg legen wir außerdem einen besonderen Schwerpunkt auf Prävention und Gesundheitsförderung.

In den Informations- und Kommunikationstechnologien werden die nächsten Jahre einen bis dato nicht gekannten Entwicklungsschub bringen. Die fortschreitende Konvergenz der Medien sowie die zunehmende mobile Verfügbarkeit von Internet und sozialen Netzwerken erfordern ganz neue Produkte und Dienstleistungen und werden nebenbei auch Arbeit und Freizeit verändern.

Fast jeder fünfte Arbeitsplatz im deutschen IT-Sektor entfällt auf Baden-Württemberg, fast 65 Milliarden Euro Umsätze werden im Land erwirtschaftet. Wir werden ein landesweites Software-Netz knüpfen, um Baden-Württemberg als führenden deutschen IT-Standort zu positionieren.

Damit die Chancen und Wachstumspotenziale der baden-württembergischen Kreativwirtschaft zukünftig noch besser genutzt werden, werden wir ein Cluster „Kreativwirtschaft“ initiieren. Indem wir Unternehmen aus den Bereichen Film und Fernsehen, Software, Werbung, Druck und Design systematisch vernetzen, fördern wir die Entwicklung neuer Geschäftsfelder, technischer Innovationen und zukünftiger Trends in diesen kommenden Branchen.

### **3. Land des Wissens: Baden-Württemberg baut seinen Bildungsvorsprung aus**

Baden-Württemberg kann und wird auch im neuen Jahrzehnt seine Bedeutung als führende Wirtschaftsregion in Europa behaupten. Je härter der Wettbewerb in der industriellen Fertigung wird, umso mehr müssen wir unseren Vorsprung als Land des Wissens ausspielen.

Die Basis dafür legen unsere Schulen. Deshalb sage ich grundsätzlich: Trotz angespannter Kassenlage gilt für mich: Im Bildungsbereich wird kein Euro gespart. Geld, das durch rückläufige Schülerzahlen frei wird, werden wir in den kommenden Jahren komplett für Qualitätsverbesserungen in unseren Schulen investieren. Denn es muss uns vor allem besser gelingen, den Lernerfolg aller Kinder unabhängig vom sozialen Hintergrund der Eltern zu gewährleisten. Ich sage offen: Hier haben wir objektiv noch Nachholbedarf.

Wir müssen an unseren Schulen noch mehr dafür tun, dass der Aufstieg durch Bildung für alle – für jedes einzelne Kind – möglich wird. Das ist die vornehmste Gestaltungsaufgabe und -verpflichtung der Landespolitik. Das entscheidende Fenster dafür ist nach meiner Überzeugung die Zeit zwischen dem dritten und dem zehnten Lebensjahr. Wenn wir in diesem Alter die Weichen richtig stellen, stehen unseren Kindern später alle Wege offen. Zwischen drei und zehn Jahren werden die Grundsteine für den späteren Bildungserfolg gelegt. Hier lernen die Kinder den Umgang mit der Sprache und andere Schlüsselqualifikationen.

Für den Erfolg unseres Bildungswesens und für unsere Bildungspolitik in den nächsten Jahren ist eines konstitutiv: Den Dreiklang „sprachlos, bildungslos, arbeitslos“ darf und wird es in Baden-Württemberg niemals geben. Deshalb wird das Land die Sprachförderung in Zukunft noch mehr intensivieren und auch direkt finanzieren.

Gerade die Begabungen von Kindern aus Migrantenfamilien müssen stärker entfaltet werden. Hier wollen wir ansetzen: Zusammen mit den Jugendmusikschulen im Land, werden wir schon ab dem kommenden Schuljahr mehr für die musikalische Grundbildung von Kindern zwischen vier und zehn Jahren tun. Das erfolgreiche Programm „Singen - Bewegen - Sprechen“ (S-B-S) werden wir auf zunächst 1.000 Gruppen mit insgesamt 20.000 Kindern erweitern und Jahr für Jahr einen weiteren Jahrgang bis Klasse vier einbeziehen. Wir wollen damit die musikalische, motorische und sprachliche Entwicklung von Kindern unterstützen und dazu beitragen, dass Kinder die Schulfähigkeit erlangen. Ich möchte, dass wir dafür die Basis legen, dass möglichst jedes Kind in Baden-Württemberg ein Musikinstrument erlernen kann. Das entspricht unserem umfassenden Bildungsverständnis, das über Schreiben, Lesen und Rechnen hinausgeht. Und es ist gleichzeitig auch ein wirkungsvoller Beitrag, um soziale Unterschiede in unseren Schulklassen zu überwinden.

Die frühkindliche Bildung wird in unserer Politik im wahrsten Sinne des Wortes die erste Geige spielen. Deshalb möchte ich ab dem kommenden Schuljahr auch an Grundschulen sukzessive Pädagogische Assistenten einsetzen. Sie haben sich an den Hauptschulen bestens bewährt. An Grundschulen mit hohem Migrantenanteil und an sozialen Brennpunktschulen werden sie helfen, die individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern zu verbessern. So treten wir Entwicklungsdefiziten rechtzeitig entgegen und schaffen mehr Chancengerechtigkeit.

Ich biete unseren Kommunen heute ausdrücklich einen Pakt für die Stärkung der Chancengerechtigkeit an: Das Land bringt Pädagogische Assistenten an die Grundschulen – die Kommunen treiben ihrerseits den Ausbau der Jugendsozialarbeit an Schulen weiter voran. Das ist eine faire Aufgabenteilung, die ja auch den Zuständigkeiten entspricht.

Wir werden die Qualitätsoffensive Bildung wie geplant umsetzen. Noch darüber hinaus werden wir die geplante Klassenteilersenkung für die Grundschulen auf 28 Schüler schon auf das kommende Schuljahr vorziehen und so die Lernbedingungen für unsere Grundschul Kinder zügig weiter verbessern. Die Regelstudienzeit für die Ausbildung zum Grundschullehramt erhöhen wir auf acht Semester. Denn wir wissen: Gut ausgebildete Grundschullehrer sind die Basis für den Erfolg unserer Schulen. Um die schulische, soziale und berufliche Integration von benachteiligten Jugendlichen weiter zu erleichtern, werden wir die Förderung der Mobilen Jugendarbeit erhöhen. Das ist auch eine der Empfehlungen des Sonderausschusses zum Amoklauf in Winnenden und Wendlingen

Baden-Württemberg ist das Bildungsland der vielen Wege. Das ist unsere große Stärke. Wir haben eine einmalige Struktur der differenzierten Förderung. Mehr als 100 Wege führen zur Hochschulreife. Unsere beruflichen Schulen sind die Aufsteigerschulen schlechthin und ein bedeutender Standortvorteil. Jede zweite Studienberechtigung im Land stammt nicht von einem Gymnasium, sondern wird auf anderem Weg erreicht. Wir haben die wenigsten Schulabbrecher ohne Abschluss und den höchsten Anteil junger Menschen, die erfolgreich einen Beruf erlernen. Das ist das Wesen und die Wirklichkeit unseres starken gegliederten Schulsystems.

Mit den neuen Bildungsplänen, der Qualitätsoffensive, der Werkrealschule haben wir dieses Bildungswesen gut und innovativ aufgestellt. Aber jetzt kommt es darauf an, den Schulen Zeit zu geben. Die Schulen brauchen Zeit, Zeit und Ruhe an der Schule. Sie müssen die konzeptionellen und pädagogischen Neuerungen umsetzen. Und wir werden sie dabei unterstützen.

Richtig ist: In einem System mit 4.700 Schulen, über 112.000 Lehrern und 1,7 Millionen Schülern wird es immer Fehler und Probleme geben. Die Eltern kritisieren zu Recht, wenn einzelne Stunden zu häufig ausfallen, Stundenpläne zu voll sind oder zu viele Hausaufgaben gegeben werden. Wir wollen dafür sorgen, dass diese Probleme im Einzelfall besser, schneller und direkter gemanagt werden. Wir wollen die Kritik der Eltern gezielter verarbeiten, den Dialog verbessern und maßgenaue Lösungen anbieten. Wo immer es Probleme gibt, müssen wir noch besser mit der Schulgemeinschaft Möglichkeiten zur Abhilfe aufzeigen.

Bildung und Ausbildung sind eine Frage von elementarer Bedeutung für die persönlichen Entwicklungschancen aller Menschen. Mehr noch: Auszubildende von heute sind Fachkräfte von morgen. Selbst in der Krise wird von den Unternehmen derzeit ein Fachkräftemangel beklagt. Deshalb werden wir unser Ausbildungsbündnis fortsetzen. Neben der Ausbildung wird in Zukunft auch das Thema Weiterbildung mehr Bedeutung erlangen. Ich will alle Ansätze und Akteure, die es in Baden-Württemberg zum Thema Weiterbildung bereits gibt und die sich bewährt haben, in einem „Bündnis für lebenslanges Lernen“ auf ein gemeinsames Fundament stellen. Der Landtag befasst sich aktuell in der Enquetekommission „Berufliche Schulen“ grundlegend mit dieser Frage und wird Ende des Jahres sicher wertvolle Handlungsempfehlungen abgeben. Wir brauchen qualifizierte Fachkräfte - egal welchen Geschlechts, egal welcher sozialen Herkunft und vor allem: egal welchen Alters.

Unsere Bildungspolitik ist auf einem erfolgreichen Kurs. Wir werden diesem Kurs weiter folgen – selbstbewusst, aber nicht selbstzufrieden.

#### **4. Familien: Verantwortung für die Kinder, Wahlfreiheit für die Eltern**

Baden-Württemberg ist ein Land der Chancen, ein Land der Zukunft mit vielen Stärken. Wenn es ein Symbol gibt, das alle Zukunftschancen einer Gesellschaft bündelt, dann sind es Kinder. Meine Anerkennung gilt allen Eltern, die sich für ein Kind entscheiden. Als Vater von zwei Kindern sage ich Ihnen, dass es für mich nichts Wertvolleres gibt als Kinder. Kinder sind ein Wert an sich.

Ich wehre mich deshalb gegen die Ökonomisierung und Rationalisierung von Familien und Kindern. Zwischen familienpolitischen Maßnahmen, zwischen allen Bemühungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf und zwischen der Flut von klugen Ratgebern steht immer das Kind. Wer von den tatsächlichen Bedürfnissen der Kinder ablenkt und nur versucht, Familie allein an die Erwachsenenwelt anzupassen, der scheitert.

Deshalb hat die Landesregierung mit gutem Grund vor fünf Jahren mit dem Projekt Kinderland Baden-Württemberg einen ganzheitlichen Ansatz gewählt, den ich fortsetzen werde. Es geht um eine Politik, in deren Mittelpunkt Kinder und

Jugendliche stehen – mit all ihren Bedürfnissen und Möglichkeiten. Wir setzen auf die Wahlfreiheit der Eltern. Wir unterstützen die, die ihre Kinder selbst betreuen und erziehen möchten, genauso wie diejenigen, die auf private und öffentliche Betreuungsangebote zurückgreifen.

Auf dem Weg des Kinderlandes Baden-Württemberg haben wir viel erreicht: Wir haben seit dem Jahr 2003 die Mittel für die Kleinkindbetreuung verzehnfacht. Bis zum Jahr 2014 werden diese Mittel kontinuierlich auf 175 Millionen Euro jährlich anwachsen. Baden-Württemberg ist beim Ausbau dieses Betreuungsbereichs in den letzten Jahren im bundesweiten Vergleich mit an vorderster Stelle. Und wir gehen diesen Weg weiter – bis im Jahr 2014 für ein Drittel der Kinder unter drei Jahren Betreuungsplätze bereit stehen.

Wir stehen zudem zu unserem Landeserziehungsgeld als familienpolitische Leistung. Gerade für einkommensschwache junge Familien können wir so Kinderarmut zielgerichtet vermeiden.

Aber nicht nur statistische Zahlen und institutionelle Angebote machen das Kinderland aus. Ich bin stolz auf eine Vielzahl von Initiativen und Netzwerken, die sich landesweit gebildet haben. In Ludwigsburg leisten ehrenamtlich engagierte Seniorinnen Kinderbetreuung und entlasten Eltern bei alltäglichen Terminen und Verpflichtungen. Im Landkreis\_Sigmaringen erfahren Eltern Antworten auf Fragen zur Kindererziehung und des Familienlebens. Konzipiert wurden 70 Seminare, Elternabende und Informationsveranstaltungen von Beratungsstellen, freien Trägern und andere Institutionen.

Diese Initiativen im ganzen Land sind mir wichtig, und ich werde sie nach Kräften unterstützen. Sie bieten Hilfe zur Selbsthilfe. Sie stehen zur Verantwortung der Eltern – denn die Erziehung eines Kindes ist nicht delegierbar. Staatliche Institutionen können nie die verantwortungsvoll wahrgenommene Elternrolle übernehmen. Wir unterstützen Eltern. Wir setzen auf sie. Aber wir ersetzen sie nicht.

Wir wollen engagiert erzogene Kinder. Und wir wollen engagierte Frauen im Beruf. Um unsere Innovationskraft zu erhalten, können wir auf die Talente von erwerbstätigen Frauen nicht verzichten. Frauen stellen bei den Abiturienten mit 54 Prozent die Mehrheit. 50 Prozent der Studienanfänger sind Frauen.



Deshalb müssen wir nicht nur den Kinderwunsch von Arbeitnehmern fördern, sondern auch ihre Entscheidung, ihrem Beruf auch in der neuen Familiensituation weiter nachzugehen. Wichtig ist, dass sich auch Arbeitgeber auf diese Bedürfnisse einstellen – von der gezielten Beratung bis zu passgenauen Kinderbetreuungsangeboten.

Deshalb ist es mein Ziel, das Land zum familienfreundlichsten öffentlichen Arbeitgeber zu machen. Wichtige Aspekte wie zum Beispiel die Telearbeit haben wir schon auf einen guten Weg gebracht. An weiteren individuellen und passgenauen Lösungen, auch für das Thema Pflege und Beruf, werden wir arbeiten. Wir werden dafür sorgen, dass allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die Bedarf haben, ein Betreuungsplatz zur Verfügung steht.

Ich bin mehr denn je der Auffassung, dass sich eine kinder- und familienorientierte Personalpolitik für alle Arbeitgeber rechnet. Mitarbeiter, die ihre Kinder gut versorgt wissen, sind motiviert und konzentriert. Das zeigen viele Beispiele: das Versicherungsunternehmen, das seit über 40 Jahren einen eigenen Kindergarten unterhält und beste Erfahrungen damit macht, weil 60 Prozent seiner Beschäftigten Frauen und Mütter sind; der Naturkosmetikhersteller, der ein differenziertes Elternteilzeitprogramm und insgesamt 150 individuelle Arbeitszeitlösungen für Eltern anbietet.

Unsere Unternehmen in Baden-Württemberg stellen komplizierteste und hochwertigste Maschinen und Anlagen her – vom Satelliten bis zum Sportwagen. Für diese Unternehmen sollte es doch dann ein Leichtes sein, mit passgenauen Angeboten und mit dem Land als Partner die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zum Wohl der Kinder in Einklang zu bringen. Kinder- und Familienfreundlichkeit bleibt eine fordernde Aufgabe für unsere ganze Gesellschaft. Aber sie ist auch ein harter Standortfaktor – ebenso wie leistungsfähige Verkehrswege.

## **5. Infrastruktur: Wege für neues Wachstum**

Der Weg ins neue Jahrzehnt führt über gute Straßen und Schienen. Neues Wachstum braucht neue Wege. Baden-Württemberg ist das wichtigste Transitland in

Deutschland. Das muss sich auch in der Verteilung von Infrastrukturmitteln ausdrücken.

Nach 20 Jahren „Aufbau Ost“ ist es im Interesse von ganz Deutschland, jetzt den „Ausbau Südwest“ zu forcieren. Wir wollen erreichen, dass Berlin die Gelder für Autobahnen und Bundesstraßen in Zukunft nicht mehr nach starren, Jahrzehnte alten Verteilerschlüsseln, sondern nach aktuellem Bedarf, aktuellem Verkehrsaufkommen und aktuellen demografischen Prognosen vergibt.

Und wir müssen ernsthaft über neue Wege der Verkehrsfinanzierung sprechen. Ziel muss es sein, dass im Ergebnis Straße Straße finanziert. Das hätte gleich drei Vorteile: Erstens: Für die Autofahrer könnten wir den Systemwechsel kostenneutral machen, indem wir andere Belastungen absenken. Zweitens: Die Einnahmen könnten als zweckgebundenes Vermögen bewirtschaftet werden und wären so dem Zugriff kurzfristiger Haushaltspolitik entzogen. Drittens: Auch die ausländischen Autofahrer auf unseren Straßen würden wir so an den Kosten des Straßennetzes beteiligen.

Ich lade Sie alle ein: Lassen Sie uns gemeinsam über ein intelligentes und handhabbares Pkw-Maut-System nachdenken. Es gibt auch hier im Haus schon richtige Überlegungen und diskussionsfähige Konzepte. Knüpfen wir daran an. Ich bin gesprächsbereit.

Das größte Infrastrukturvorhaben des neuen Jahrzehnts in Baden-Württemberg ist das Bahnprojekt Stuttgart-Ulm. Wir werden dafür sorgen, dass diese historische Chance für unser ganzes Land mit den Menschen realisiert wird und dass ihre Sorgen Berücksichtigung finden. Und wir werden Bund und Bahn darauf verpflichten, dass der Anschluss Baden-Württembergs an die Europäische West-Ost-Magistrale nicht zu Lasten gleichrangiger Eisenbahnprojekte im Land geht – wie in erster Linie des bürgerfreundlichen Ausbaus der Rheintalbahn von Karlsruhe nach Basel.

Wir werden uns mit dem Bund und der Bahn über die Bürgeranliegen noch stärker auseinandersetzen. Das Land wird am Ende dieses Prozesses einen eigenen finanziellen Beitrag nicht verweigern. Doch klar ist: In der Hauptverantwortung stehen Bund und Bahn.

Im Landesstraßenbau setzen wir auf die flächendeckende Erhaltung. Entlang den finanziellen Möglichkeiten und ausgerichtet an den Vorgaben des Landesrechnungshofs möchten wir mehr tun für die landesweite Erhaltung der Landesstraßen. So wollen wir die begrenzten Ressourcen gerecht in allen Landesteilen einsetzen, statt einzelne Neubau-Großprojekte mit wenigen Gewinnern zu finanzieren. Auch das gehört für mich zu einer Politik des fairen Ausgleichs, wenn die Folgen der Krise zur Selbstbeschränkung zwingen.

#### **IV. Gemeinsam auf dem Baden-Württemberg-Weg**

Bei allen Herausforderungen, vor denen wir stehen, sage ich selbstbewusst: In Baden-Württemberg bleiben die Lichter an. Wir werden an dieser Krise nicht scheitern. Wir werden daraus lernen und einmal mehr daran wachsen. Wenn andere sich mit Untergangsszenarien überbieten, krepeln wir die Ärmel hoch und machen. Wir wissen, was uns das neue Jahrzehnt abverlangt. Aber wir wissen auch, was wir können, was in diesem Land steckt und was seine Menschen jeden Tag leisten. Darauf sind wir stolz.

Am Wendepunkt der Krise können wir auf unsere angestammten kreativen Kräfte vertrauen. Und wir stehen zusammen, wenn wir wirklich gefordert sind. Das ist unsere Identität. Das ist unser gemeinsamer Baden-Württemberg-Weg.

Ich will auf diesem Weg alle Baden-Württemberger mitnehmen – die Unternehmer, Gewerkschaften und Arbeitnehmer, die in schwieriger Zeit und in starker Tarifpartnerschaft Flexibilität und Verantwortung beweisen; die Familien, die für ihre Kinder eine gute Zukunft wollen; die Seniorinnen und Senioren, auf deren Erfahrung und Teilhabe wir auch künftig nicht verzichten dürfen; die Menschen, die in unserem Land eine neue Heimat gefunden haben und die sich hier bei uns integrieren; und auch alle, die die Solidarität unserer starken Gemeinschaft ganz besonders brauchen. Wir lassen niemanden allein.

Ich sage das umso nachdrücklicher mit Blick auf das morgige Datum. Ganz Baden-Württemberg denkt morgen an die Menschen, die bei der noch immer unfassbaren Amoktat von Winnenden und Wendlingen vor einem Jahr Kinder, Geschwister, Familienmitglieder und Freunde verloren haben. Und wir danken allen, die bis heute

helfen, das Unverständliche zu bewältigen und in der Trauer neuen Halt zu geben. Wir brauchen diesen Zusammenhalt und diese Mitmenschlichkeit.

Das gilt genauso über Grenzen hinweg: Gerade nach einer Wirtschaftskrise mit weltweiten Folgen müssen wir auch unsere Verpflichtung gegenüber den Menschen weltweit im Blick behalten, für die unser Wohlstand unerreichbar ist. Für mich war immer klar: Wenn ich einmal führende Gestaltungsverantwortung wahrnehmen darf, möchte ich auch für die Menschen auf der Erde konkrete Hilfe mitbewirken, die in existenzieller Armut und unter unwürdigen Bedingungen leben müssen.

Wir werden deshalb die Stiftung Entwicklungszusammenarbeit nach und nach ausbauen und ihre Aktivitäten mit neuen gezielten Projekten in unseren Partnerländern verstärken. Wir werden insbesondere die weltweiten Initiativen für Kleinkredite, Mikroversicherungen und Sozialunternehmen unterstützen, um Menschen eine eigene Perspektive zu geben und Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten. Und wir werden als Land stärker und verbindlicher darauf achten, dass wir Waren, Güter und Materialien einkaufen, die aus zertifizierter Produktion unter Wahrung sozialer, ökologischer und humanitärer Standards stammen.

Insbesondere aber werden wir den Entwicklungsländern unsere weltweit hoch geschätzte Erfahrung in der beruflichen Bildung besser zugänglich machen. Mit internationalen Bildungspartnerschaften werden wir arme Länder beim Aufbau erfolgreicher Ausbildungsstrukturen beraten und begleiten. Die Weitergabe von Bildungs-Know-How ist die wirksamste Hilfe zur Selbsthilfe. Für mich ist es eine Frage von Moral und Anstand: Ein gesegnetes Land wie Baden-Württemberg kann über die Not in anderen Teilen der Welt nicht hinweg gehen. Hier müssen wir uns offen zeigen.

Ich wünsche mir überhaupt einen Politikstil, der sich Zeit nimmt für das Nachdenken und für das Gespräch miteinander. Wir müssen wieder eindeutiger klären, welche Werte uns verbinden, wie wir eine Balance finden zwischen Vielfalt und Zusammenhalt, wie wir Wohlstand und Lebenszufriedenheit nicht nur durch Wachstum und Konsum definieren.

Ich möchte deshalb den Dialog mit den Kirchen, den Kulturen und Religionen unseres Landes fördern. Strittiges muss auf den Tisch, damit wir Gemeinsames erreichen.

#### **V. Politik der offenen Tür – Vertrauen durch verlässliche Partnerschaft**

Die Menschen in Baden-Württemberg bekommen hier und heute von mir das Angebot einer Politik der offenen Tür. Ich will in fairer Partnerschaft mit den Städten und Gemeinden, mit den Kirchen, den Gewerkschaften, den Arbeitgebern, der Kultur, der Jugend-, Kinder- und Seniorenarbeit und dem Sport dieses Land ins neue Jahrzehnt führen, seine alten Stärken fördern und seine neuen Chancen ergreifen.

Ich will eine gute und produktive Zusammenarbeit mit den Beamten und Angestellten des Landes. 263.000 Frauen und Männer stellen sich jeden Tag in den Dienst Baden-Württembergs und seiner Bürger. Ich will dazu beitragen, dass sie diesen Dienst engagiert und motiviert tun.

Und vor allem: Gemeinsam mit Ihnen, den Abgeordneten und Fraktionen des Landtags, will ich arbeiten für eine Politik der klaren Linien und der klaren Ergebnisse. Das erwarten die Bürger von uns.

Vertrauen, Berechenbarkeit und Verlässlichkeit – darauf wird es in der Politik der nächsten Jahre wieder mehr denn je ankommen. Dieses Vertrauen möchte ich gewinnen.

Ich danke Ihnen.